

## Diese Liebe hielt keinen Sommer

**DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern hat am 4. September ihre größte Niederlage erlitten. Keine andere Partei hat bei der Landtagswahl derart viele Stimmen verloren. Diesem Trend konnten wir auch in Rostock und im Landkreis Rostock nur teilweise trotzen.**

DIE LINKE erzielte bei einer Wahlbeteiligung von 61,6 % ein Ergebnis von 13,2 % (- 5,2 %) und ist nur noch mit 11 (statt bisher 14) Abgeordneten im Landtag vertreten. Für Rostock zogen Eva-Maria Kröger und Karsten Kolbe, für den Landkreis Karen Larisch ins Parlament ein. Ihnen sei herzlich gratuliert.

Hervorzuheben ist das Ergebnis von Eva-Maria Kröger, die als einzige Kandidatin der LINKEN das relative Erststimmenergebnis im Wahlkreis verbessern konnte (+ 2,4 %). Auch Phillip Bock erzielte mit 19,5 % im Wahlkreis Rostock IV ein tolles Ergebnis und gewann absolut an Stimmen hinzu.

Auch wenn wir bei den Erststimmen in

Rostock gegenüber 2011 absolut ein paar Stimmen zulegen konnten, büßten wir doch wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung deutlich Stimmenanteile ein. Bei den Erststimmen fielen wir von 24,3 % auf



19,5 %, bei den Zweitstimmen von 22,2 % auf 16,7 %.

Gegenüber 2011 fiel DIE LINKE. Landkreis Rostock bei den Erststimmen von 18,2 % auf 12,8 %, bei den Zweitstimmen von 17,0 % auf 11,6 %.

*Hier die Ergebnisse*

**Erststimmen** (die Ergebnisse für 2011 beziehen sich auf andere Kandidaten der LINKEN):

Rostock I (Hikmat Al-Sabty) 16,2 % (2011: 26,0 %)

Rostock II (Karsten Kolbe) 21,6 % (2011: 30,3 %)

Rostock III (Eva-Maria Kröger) 20,6 % (2011: 18,2 %)

Rostock IV (Phillip Bock) 19,5 % (2011: 22,7 %)

LRO I (Susanne Krone) 10,7 % (2011: 17,9 %)

LRO II (Peter Georgi) 15,8 % (2011: 19,7 %)

LRO III (Karin Schmidt) 13,0 % (2011: 18,1 %)

LRO IV (Karen Larisch) 11,7 % (2011: 16,9 %)

**Zweitstimmen:**

Rostock I 16,3 % (2011: 24,5 %)

Rostock II 18,3 % (2011: 26,8 %)

Rostock III 16,9 % (2011: 18,0 %)

Rostock IV 15,2 % (2011: 19,3 %)

LRO I 11,6 % (2011: 16,8 %)

LRO II 12,6 % (2011: 17,6 %)

LRO III 11,1 % (2011: 16,2 %)

LRO IV 11,0 % (2011: 17,2 %)



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung MV begrüßte Gregor Gysi in Rostock  
Mehr dazu auf Seite 7



Die Betroffenen sind unzufrieden mit dem Bundesteilhabegesetz  
Mehr dazu auf den Seiten 8 und 9



Hikmat Al-Sabty und Ellen Fiedelmeier besuchten das Sozialkaufhaus Schmarl  
Mehr dazu auf Seite 11

## In dieser Ausgabe

Seite 2: Friedensfest  
Seite 3: Landtagswahl  
Seite 4: Fritz Tack  
Seite 5: Landtagswahl  
Seite 6: Rudolf Bartels  
Seite 7: 25 Jahre RLS MV  
Seite 8/9: Teilhabegesetz

Seite 10: Kuba heute  
Seite 11: Im Sozialkaufhaus  
Seite 12: Gute Pflege  
Seite 12/13: Neue Rechte  
Seite 14: Kurt Kaiser  
Seite 15: Armutskonferenz  
Seite 16: Bundesparteitag

Liebe Leserinnen und Leser, das Ergebnis der Landtagswahl ist für uns alle ein Schock. Aber auch Herausforderung und Ansporn, unsere Partei wieder in die Erfolgsspur zu bringen, denn im nächsten Jahr wartet mit der Bundestagswahl schon die nächste große Aufgabe auf uns. Wir haben also gar keine Zeit, die Köpfe in den Sand zu stecken. Viel Zeit sollten wir uns für die Analyse des Wahlergebnisses und für die Diskussionen über künftige Strategien nehmen. Hier helfen keine Schnellschüsse, voreiligen Schuldzuweisungen und „Patentrezepte“. In der Oktoberausgabe des KLARTEXT werden wir das Thema aber vertiefend behandeln, viel-

leicht ja auch mit Leserbriefen. Einstweilen präsentieren wir Euch nur die nackten Zahlen (Seite 1) und den Dank an unsere Kandidaten und Wahlkämpfer (Seite 3). An ihnen hat es nun wirklich nicht gelegen!

Unser Glückwunsch geht an die neu gewählten Abgeordneten. Sie werden hoffentlich im KLARTEXT regelmäßig über ihre Arbeit im Landtag berichten. Themen gibt es genug, wie auch diese Ausgabe unserer Mitgliederzeitung beweist.

Herzlichen Dank an die Autoren dieser Ausgabe!

**Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.**

34 Cent mehr Mindestlohn.  
**Soll das ein Witz sein?**

Wer im Alter nicht in Armut leben will, muss mindestens 11,68 Euro pro Stunde verdienen. **Arbeit muss vor Armut schützen. 12 Euro Mindestlohn. Jetzt.**



**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## KLARTEXT online

### Weltfriedenstag – Mahnung zum Frieden und zu Solidarität

Zum Weltfriedenstag am 1. September erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion und Spitzenkandidat seiner Partei zu den Landtagswahlen, Helmut Holter:

„Wir erinnern am Weltfriedenstag an die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges in Europa. Der Tag mahnt, dass Kriege immer Zerstörung, Leid, Tod und Vertreibung über die Menschen bringen. Der Tag mahnt zum **Frieden** und zu Solidarität. Kriege müssen als Mittel der Politik endlich so umfassend geächtet werden, damit sie tatsächlich der Vergangenheit angehören. Es muss **Schluss** sein mit dem **Export** und dem Handel **jeglicher Art von Kriegsgerät**. Wer Waffen verkauft, ist mitverantwortlich für Krieg und Gewalt.

Auch heute wüten in vielen Teilen der Welt



Kriege, die **Menschen millionenfach in die Flucht** treiben. Nicht Waffen oder die Abschottung der nationalen Grenzen helfen den Menschen in den Kriegs- und Krisengebieten der Welt. Deutschland muss stattdessen seine **humanitären Hilfeleistungen** spürbar erhöhen. Dazu gehört auch die Schaffung eines sicheren und **legalen Zugangs für Flüchtlinge** nach Europa.

Menschen, die bei uns Zuflucht und Hilfe suchen, stoßen leider **allzu oft auf Ablehnung und Hass**, werden gar Opfer von Übergriffen. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Wir dürfen **nicht zulassen**, dass der **innergesellschaftliche Frieden** durch rechtsextremistisches, rechtspopulistisches und menschenverachtendes Denken und Handeln weiter **gefährdet** wird.

Die geflüchteten, schutzsuchenden Menschen brauchen unsere **Hilfe und Solidarität**. **Krieg und andere Fluchtursachen** müssen konsequent **bekämpft** werden. Auch einer **fortschreitenden Militarisierung im Inneren** als Antwort auf gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen muss ein **Riegel vorgeschoben** werden.“

## Friedensfest in Graal-Müritz

Der Himmel blau, die Sonne lacht, das hat DIE LINKE gut gemacht!

Das Friedensfest an der Seebrücke in Graal-Müritz findet jedes Jahr statt. In diesem Jahr war es am 27. August und stand unter dem Motto „Für Frieden und Toleranz – gemeinsam gegen rechts“. Wir feierten mit vielen tollen Gästen aus Politik und Kultur und internationaler Beteiligung, mit vielen Ständen von Organisationen, Vereinen, Verbänden, Jugendorganisationen, Kunsthandwerkern, Künstlern und Privatpersonen aus der näheren und weiteren Umgebung sowie mit strahlenden Sonnenschein. Als Gäste waren die Botschafter Boliviens und Ecuadors, die Geschäftsträgerinnen der Botschaften Venezuelas und Nicaraguas und Kubas da.

Auf und neben der Bühne erläuterten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Dr. Gesine Löttsch, Heidrun Blum, Dietmar Bartsch, Katja Kipping, der Fraktionsvorsitzende im Landtag M-V Helmut Holter sowie Eva-Maria Kröger, Peter Georgi und Karin Schmidt ihre politischen Ansichten und beantworteten Fragen. Nicht nur die Berlinerin Gesine Löttsch hat einige Bekannte aus ihrer Heimat getroffen, die dort Urlaub machen und sich über das Fest freuen. Natürlich stand das alles wenige Tage vor der Landtagswahl im Zeichen des Wahlkampfes.

Nicht nur die Berlinerin Gesine Löttsch hat einige Bekannte aus ihrer Heimat getroffen, die dort Urlaub machen und sich über das Fest freuen. Allen Organisatoren und Beteiligten gebührt ein ganz herzlicher Dank.

Wolfgang Bergt





# Danksagung der Rostocker Kreisvorsitzenden

Liebe Genossinnen und Genossen,

erst einmal vielen Dank für Eure Unterstützung in einem intensiven und engagierten Wahlkampf. Es hat uns einen Riesenspaß gemacht, gemeinsam mit Euch für die Ziele der LINKEN zu kämpfen, für einen Politikwechsel in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit.

Natürlich sind wir von den Ergebnissen der Wahl enttäuscht. Auch das Ergebnis in Rostock kann uns in der Gesamtheit nicht zufriedenstellen. Wir haben es leider nicht geschafft, dem Abwärtstrend auf Landesebene zu trotzen.

Aus Rostock ziehen Eva-Maria Kröger und Karsten Kolbe in den Landtag ein. An dieser Stelle geht unser Dank an die ausscheidenden Abgeordneten Regine Lück und Hikmat Al-Sabty. Sie haben im Landtag tolle Arbeit geleistet, an die unsere neu gewählten Rostocker Abgeordneten anknüpfen werden.

Wir haben viele Wähler an die AfD verloren, weil sie unsere Haltung in der Flücht-

lingsfrage nicht teilten. Die AfD hat diffuse Ängste geschürt und mit platten Parolen gepunktet. Unsere Werte (Solidarität, Weltoffenheit) sind zur Zeit nicht gefragt,



aber wir sind uns treu geblieben und haben uns nicht verbogen. Wir stehen zu unseren Prinzipien und werden sie nicht opportunistisch opfern. Glaubwürdigkeit ist unsere Stärke und ein hohes Gut, das wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen.

Klar ist aber auch: Wir sind nicht mehr als Protestpartei wahrgenommen worden, sondern wir wurden zu den Etablierten gezählt. Und zu wenig Menschen trauen uns zu, in Regierungsverantwortung wirklich etwas zu verändern. Daran müssen wir arbeiten.

Die Gründe für die Wahlniederlage müssen jetzt analysiert werden. Dafür nehmen wir uns ausreichend Zeit und wollen auch mit Euch darüber ins Gespräch kommen, z.B. auf einem Kreisparteitag im Herbst. In einem ersten Schritt wird der Kreisvorstand am 15.9. eine detaillierte Aus- und Bewertung des Wahlkampfes und der Ergebnisse vornehmen.

Das Ergebnis der Landtagswahl ist bitter. Wir sind aber auch fest davon überzeugt, dass es für unsere Partei wieder bergauf geht. Dafür müssen wir jetzt anpacken – gemeinsam und mit voller Kraft!

Mit solidarischen Grüßen

Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin

## Danksagung Landkreis Rostock

Im Namen des Kreisvorstandes DIE LINKE. Landkreis Rostock bedanke ich mich bei den Wählerinnen und Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Ein besonderer Dank gilt unseren KandidatInnen Peter Georgi, Susanne Krone, Karen Larisch und Karin Schmidt sowie deren Familien und Wahlteams!

Neben der Arbeit, unter Einsatz ihres Urlaubs waren sie wochenlang unterwegs, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, sie mit unseren Zukunftsprojekten für das Land Mecklenburg-Vorpommern vertraut zu machen, sie von deren Richtigkeit zu überzeugen, Material zu stecken und Plakate zu hängen.

Den Mitgliedern in den Basisorganisationen unseres Kreisverbandes gehören mein Respekt und meine Anerkennung für die im Wahlkampf geleistete Arbeit.

Peter Hörnig, Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE.Landkreis Rostock

## Rotfeder und die Wahlstrategie

Es ist wieder einmal einige Monate her, seitdem ich einige Sprechblasen aus meinem wässrigen Medium hier im KLARTEXT aufsteigen ließ. In der vergangenen Zeit habe ich zwischen der großen salzigen Ostsee und den vielen süßen Seen Mecklenburg-Vorpommerns den Wahlkampf beobachtet. Viele engagierte Aktivisten haben unsere Postkarten und Zeitungen verteilt, Plakate aufgehängt und an Infoständen argumentiert und das bereitgestellte Material verteilt. Das hat auf mich einen sehr guten Eindruck gemacht, und den Wahlkämpfern gebührt nach der Wahl großer Dank. Sie haben es sich nicht leicht gemacht.

Trotzdem sehe ich dem Wahlergebnis mit Sorge entgegen. Ich fürchte, dass die LINKE sehr viele Stimmen und damit Mandate und damit Einfluss und auch Arbeitsplätze verlieren wird. Hoffentlich irre ich mich. Aber ich finde, dass die Wahlkampfstrategie

und darum die inhaltliche Ausrichtung der Wahlkampfmaterialien nicht optimal sind und der politischen Situation im Land nicht gerecht werden.

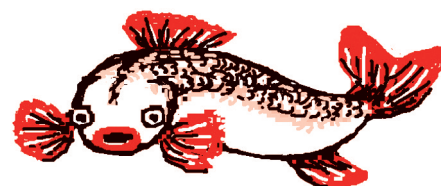
Wenn zu befürchten ist, dass schon jeder und jede Fünfte die AfD wählen will, dass es im Land eine Situation gibt, die aufzeigt, wie es damals vor 1933 abgelaufen sein könnte, dann darf man doch keinen lustigen Schönwetter-Wahlkampf führen. In „normalen“ Zeiten mag das gehen und angebracht sein. Auf mich erwecken die Losungen und Plakate aber den Eindruck, dass es wohl nur darum gehe, auch „mit am Tisch zu sitzen“ und „mit den großen Jungs mitspielen“ zu dürfen. Wie kann man als zweitwichtigste Aussagen vom Kochen, Backen und Kuchen essen sprechen und vorrangig gegen Krawatten polemisieren? Wird hier etwa Weiberfastnacht vorbereitet? Aber auch die zentrale Parole von der Liebe zur Heimat ist keine spezielle Beson-

derheit der LINKEN.

Warum soll man jetzt diese Partei wählen, wenn es doch um ganz wichtige Entscheidungen für die Zukunft der Menschen im Land geht, hat sie keine richtigen politischen Argumente?

Wenn es also, was ich nicht hoffe, bei der Wahl zu einem Stimmeneinbruch kommt, dann sollte die Wahlkampfstrategie sehr kritisch hinterfragt werden, denn bald wird wieder gewählt.

Das meint eure Rotfeder



# Prof. Dr. Fritz Tack: Ein Mensch mitten im Leben

Hatten Sie schon einmal das Vergnügen sich mit Prof. Dr. Fritz Tack unterhalten zu können?

Wenn ja, dann wissen Sie, was ich meine. Wenn nicht, dann sollten Sie das unbedingt nachholen.

Es war das Jahr 2000, da informierte mich die Landesgeschäftsstelle, dass Genosse Prof. Dr. Fritz Tack und seine Frau, Dr. Doris Tack, in den Kreisverband Bad Doberan, Basisorganisation Dummerstorf wechseln.



Ich war nicht nur Kreisgeschäftsführer unserer Partei, sondern auch in der Basisorganisation Dummerstorf organisiert.

Voller Respekt bereitete ich mich auf die erste gemeinsame Versammlung vor. Schon nach wenigen Minuten waren meine „Vorurteile“ gegenüber Titeln vom Tisch gewischt. Neben uns saß ein Mann, warmherzig, politisch und fachlich kompetent, geradlinig und praxisverbunden. Ein Mann, der die Sorgen und Probleme des täglichen Lebens kennt und über Änderungsansätze nachdenkt.

Als im Jahr 2006 die Frage stand, wer in einer zukünftigen Landtagsfraktion unserer Partei die Agrarpolitik wieder auf Kurs bringen kann, war ich sehr froh, dass der Name Fritz Tack von Hansi Scheringer ins Spiel gebracht wurde und letztlich Fritz

und seine Familie auch Zustimmung signalisierten. Für unsere Partei, für unsere Fraktion war diese Entscheidung ein wahrer Glücksgriff. Vor allem in seiner zweiten Legislaturperiode (2011-2016) wurde dies immer deutlicher.

Fritz wurde durch die Landtagsfraktion als Vorsitzender des Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, kurz Agrarausschusses, vorgeschlagen und durch den Landtag gewählt. Er verstand es wie kein Anderer, fraktionsübergreifend zu agieren, zu vermitteln und so Beschlusssentwürfe unserer Fraktion mehrheitsfähig in den Landtag einzubringen.

In den vergangenen zehn Jahren arbeitete Fritz Tack unermüdlich auf seinem Fachgebiet. Es gab kaum eine Einladung, der er nicht nachkam und das nicht nur in Wahlzeiten. Ob Bauernverbände, Imker, Angler, Fischer u.v.a. Fritz war immer präsent, brachte sich aktiv ein, erwarb sich dadurch ein großes persönliches und fachliches Ansehen bei den Praktikern.

Prof. Dr. Fritz Tack trat zu den Landtagswahlen 2016

nicht noch einmal an. Voller Respekt vor seiner Lebensleistung stellen wir fest, dass er in der Landtagsfraktion, auf dem Gebiet der Agrarpolitik, große Fußstapfen hinterlässt, die zu füllen nicht einfach sein wird. Wir können seiner Nachfolgerin/seinem Nachfolger nur empfehlen, das Angebot von Fritz anzunehmen, er steht für Konsultationen zur Verfügung.

Als Kreisvorsitzender und Vorsitzender der Basisorganisation Dummerstorf bin ich sehr froh, dass sich Fritz auch weiterhin aktiv einbringen will und jetzt mehr Zeit für

die Arbeit als Mitglied des Kreistages investieren kann.

Lieber Fritz, ich sage Dir im Namen des Kreisvorstandes unserer Partei ein herzli-



Heidi Bluhm verabschiedet Fritz Tack auf dem letzten Landesparteitag



Weggefährten: Fritz Tack und Wolfgang Methling

ches Dankeschön für all das, was Du geleistet hast. Gleichermaßen danken wir Deiner Frau Doris, dass sie Dir den Rücken freigehalten sowie mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat.

Lieber Fritz, ich wünsche Dir bestmögliche Gesundheit und freue mich gleichzeitig auf eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit!

Peter Hörnig  
Kreisvorsitzender

Liebe Freund\*innen, Genoss\*innen und Kamerad\*innen,  
am zweiten Sonntag im September gedenkt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA) Rostock traditionell den Opfern der faschistischen Terrorherrschaft. Die Kundgebung findet dieses Jahr am 11. September um 10 Uhr am Mahnmahl am Rosengarten statt. Neben verschiedenen Redner\*innen wird es die Möglichkeit geben, Blumen und Gebinde niederzulegen. Alle Freund\*innen, Mitglieder und Sympathisant\*innen sind herzlich eingela-

den, an der Kundgebung teilzunehmen. In Zeiten, in denen Rechtspopulist\*innen und andere Rassist\*innen immer stärkeren Zulauf bekommen, ist es besonders wichtig daran zu erinnern, wohin Hass und menschenverachtendes Gedankengut führen können. Am 11. September setzen wir uns für ein buntes und tolerantes Rostock ohne Angst und Hass ein. Seit auch ihr dabei und kommt zu unserer Kundgebung.

Mit antifaschistischen Grüßen, Nico Burmeister (Sprecher VVN-BdA Rostock)





# Impressionen aus dem Wahlkampf



Sommerfest der LINKEN in Lambrechtshagen, mit den Kandidaten Peter Georgi und Susanne Krone, moderiert von Prof. Wolfgang Methling

## Erklärung des Landesgeschäftsführers

### Wahlkampfleiter der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Kay Kröger, erklärt Rücktritt

Am Tag nach der Landtagswahl erklärt der Wahlkampfleiter der LINKEN im Nordosten, Kay Kröger, seinen Rücktritt. Gleichzeitig kündigte er den Rückzug vom Amt des Landesgeschäftsführers zum Jahresende an.

„Als Gesamtverantwortlicher für die Kampagne und den damit einhergehenden Wahlkampf ziehe ich mit diesem Schritt meine Konsequenzen aus dem gestrigen Abschneiden unserer Partei. Ich bedanke

mich ausdrücklich für das in meine Arbeit investierte Vertrauen.

Besonders die letzten Wochen haben mir gezeigt, dass ich die - vor allem von mir selbst - an mich gestellten Ansprüche kaum noch erfüllen kann. Natürlich werde ich mich nicht gänzlich zurückziehen, schließlich interessiere ich mich auch weiterhin für die Arbeit der Partei. Heute Abend werde ich den Landesvorstand meiner Partei über diesen Schritt informieren und gemeinsam mit ihm über eine mögliche Nachfolgeregelung zum 01.01.2017 diskutieren. Bis dahin führe ich die Ge-

schäfte weiter.“

Zur Personalie: Der 39jährige Kröger war im April 2000 aus dem SPD-geführten Innenministerium zum damaligen Vorstand der PDS gewechselt und bis September 2008 als Pressesprecher und Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit tätig. Im Oktober 2008 trat er die Nachfolge des verstorbenen Landesgeschäftsführers Friedemann Reinhold an und wurde seit dem vier Mal in diese Funktion berufen. Mit seiner 8-jährigen Amtszeit ist Kröger der dienstälteste Landesgeschäftsführer der Bundespartei. (Pressemitteilung)

## Weltfriedenstag in Bad Doberan





# Rudolf Bartels (1872-1943): Einfach und nur schön

**Eine Sommerausstellung des bedeutendsten Malers Mecklenburgs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gleichzeitig in zwei Museen bei uns: im Kunstmuseum Schwaan bis zum 25.9.2016 und im Kulturhistorischen Museum Rostock sogar bis zum 2.10.2016**

Rudolf Bartels war der jüngste, aber auch der modernste Vertreter der Schwaaner Künstlerkolonie.

Als Jugendlicher entdeckte er die neue Idee von Künstlerkolonien à la Barbizon. Freiluftmalerei mit einfachen Motiven in der Umgebung seiner kleinstädtischen Geburtsstadt Schwaan weckte seine Leidenschaft. Naturalismus und Impressionismus inspirieren ihn dann an der Kunstschule in Weimar weiter. Anfänglich malte er wie seine Schwaaner Künstlerkollegen hauptsächlich in toniger Freilichtmalerei und wendete sich einer am Impressionismus orientierten Handhabung der Farben zu. Allerdings fand er um 1905 zu einer großzügigeren, flächigen Malweise mit beeindruckender Leuchtkraft. Seine Bilder sind an breiten, sicher gesetzten Pinselstrichen zu erkennen.



Bilder von ihm waren in den vergangenen Jahren schon als Perlen der Museen in Schwerin und Rostock zu sehen und wurden in letzter Zeit immer stärker kunstwissenschaftlich gewürdigt. Vor allem in der Kunstmühle Schwaan fanden immer mehr seiner wiederentdeckten Gemälde ihre Be-

wunderer. Nun gibt es einen neuen Höhepunkt. In der jetzigen Doppelausstellung in Schwaan und Rostock werden experimen-

telle Bildserien des Malers Rudolf Bartels präsentiert. Damit nahm er eine weitere Anregung aus der damals modernen französischen Kunst auf. Von Paul Cézanne kennt man Serien mit dem Mont Sainte-Victoire und Serien mit Badenden. Claude Monet malte Serien mit Heuhaufen und von der Fassade der Kathedrale von Ruen bei unterschiedlichen Beleuchtungen. Und Vincent van Gogh gestaltete immer wieder neu Bilder von Sonnenblumen und Zypressen.

Rudolf Bartels, der ab 1917 in Rostock lebte, untersuchte das Licht und die Farbe blühender Bäume, Stadtansichten, Friedhöfe, Kirchen, strahlende Regenbogen, schillernde Seifenblasen oder leuchtende Laternen immer wieder in Serien. Seine Landschaften und gegenständlichen Motive wurden immer expressiver. Sein Farbenspiel steigerte er zu reiner Sinnenfreude.

Rudolf Bartels künstlerisches Schaffen gehört zu den avantgardistischen Tendenzen der Kunst vom 19. zum 20. Jahrhundert. Ihm

gebührt eine eigenständige Position in der Klassischen Moderne.

*Wolfgang Bergt*

## Wer hilft den Langzeitarbeitslosen?

Die Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit durchschnittlich Betroffenen pro Jahr hat sich seit dem Beginn der Wahlperiode kaum verändert. Sie ist sogar leicht angestiegen. Dies zeigen die Antworten der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des arbeitsmarktpolitischen Sprechers der Linksfraktion im Landtag, Henning Foerster.

Waren 2011 nach Angaben der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit jahresdurchschnittlich 29 953 Personen im Land langzeitarbeitslos, so betrug deren Zahl im vergangenen Jahr 30 832. Deutlich wird auch, dass diese Personen-Gruppe kaum von der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung profitiert. Nahmen 2011 noch 6 796 vormals Langzeitarbeitslose eine Beschäftigung am so genannten ersten Arbeitsmarkt auf, waren es 2015 nur noch 5 874. Dabei sank der Anteil derer, die aus der Langzeitarbeitslosigkeit in eine Beschäftigung am so genannten ersten Arbeitsmarkt abgehen von 14,5 auf 13,3 Prozent.

Dennoch ging im gleichen Zeitraum auch die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurück. Wurden

2011 noch 4 820 Langzeitarbeitslosen Aktivierungs-, Qualifikations- und öffentlich-geförderte Beschäftigungsmaßnahmen angeboten, profitierten 2015 nur noch 4 235 Betroffene.

Völlig anders verläuft die Entwicklung dagegen bei denjenigen, die kurzzeitig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Lag deren Zahl 2011 noch bei 77 590, sank sie bis 2015 auf 55 264. Dabei ist der Anteil derer, die aus der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung am so genannten ersten Arbeitsmarkt abgehen nach wie vor hoch. Er betrug 2011 bereits 35,8 und lag im Vorjahr bei 36,2 Prozent.

„Es zeigt sich erneut, dass sich das Problem Langzeitarbeitslosigkeit nicht von allein in Luft auflösen wird. Von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen benötigen eine intensivere Betreuung und vor allem Beschäftigungsperspektiven. Solange nur jeder dritte Arbeitgeber überhaupt bereit ist, darüber nachzudenken, trotz möglicher Förderung durch die Jobcenter einem Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben, darf öffentlich – geförderte Beschäftigung von SPD und CDU nicht länger zum Tabuthema erklärt werden. Damit

diese in Bund und Land endlich Realität werden kann, braucht es ein Umdenken der Regierungen in Berlin und Schwerin. Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, heißt die Devise, heute genauso wie schon vor fünf Jahren“, so Foerster.





# Ein Vierteljahrhundert Bildungsarbeit

Seit 25 Jahren betreibt die Rosa-Luxemburg-Stiftung (anfangs unter anderem Namen) Bildungsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, vor allem auch in der ländlichen Diaspora mit einigem Erfolg. Aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums konnten zahlreiche Gäste Anfang Juli Gregor Gysi als Gratulanten im Hotel Sonne begrüßen.

Wenig überraschend legte Gregor gleich mit heftiger Kritik an der Theaterpolitik in Rostock und M-V los. Vor drei Jahren konnte er sich bei einem Rundgang hinter den Kulissen des Großen Hauses selber vom erbärmlichen Zustand der Spielstätte überzeugen. Gegenwärtig vertritt er den ehemaligen Intendanten Sewan Latchinian in dessen Rechtsstreit mit der Rostocker Stadtverwaltung.

Nach dieser Reverenz an das Rostocker Publikum kam Gregor Gysi schnell zu jenem Thema, das ihn schon lange umtreibt: Rot-Rot-Grün im Bund. Nur eine solche Koalition könne die EU retten. Die EU sei zwar undemokratisch, unsozial und intransparent, müsse aber trotzdem erhalten bleiben. Erstens hätten die einzelnen Nationalstaaten zu wenig Gewicht in der Weltpolitik, zweitens würde ohne EU die Gefahr von Kriegen in Europa wieder aufleben. Mit großer Sorge sieht Gregor den Vormarsch der Rechten in Ländern wie Ungarn und Polen. Dort zeige sich, was die Rechten so gefährlich mache: Anders als die Linke setze die Rechte nämlich alles

um, was sie z.B. in Wahlkämpfen ankündige.

Der Vormarsch der Rechten ist ein Grund mehr, die CDU in die Opposition zu schicken. Nur in der Opposition könne die CDU den rechten Rand integrieren, ist Gregor

den, Altersarmut bekämpfen, prekäre Beschäftigung abbauen, Steuergerechtigkeit herstellen. Gemeinsame Positionen könne man doch jetzt schon in Arbeitsgruppen ausloten. Es wäre ein historisches Versagen auch unserer Partei, dies nicht zu versuchen, mahnte Gregor. Dazu sind natürlich Kompromisse nötig, aber wer nicht kompromissfähig sei, sei auch nicht demokratiefähig. Es gelte einen Weg ohne zu große Kompromisse für alle Partner zu finden.

Es war wie so oft bei Veranstaltungen mit Gregor: Dem Publikum wurde eine lockere Plauderei dargeboten, die aber mit vielen originellen Gedanken gewürzt war, die zum Nach- und Weiterdenken anregen. So forderte er mehr Wirtschaftskompetenz für unsere Partei, denn bei vielen sei die Angst groß, wir könnten der Wirtschaft schaden.



Der tolle Chor Roter Hering



Mitglieder des neu gewählten Vorstandes

Gregor wurde in den folgenden acht Wochen noch häufiger in M-V gesehen, denn er unterstützte in großartiger Weise unseren Wahlkampf. Zwei Tage vor der Wahl traf er sich in Rostock mit Vertretern zahlreicher Vereine und Verbände zum Erfahrungsaustausch. Dazu dann später mehr.

Übrigens wurde auch ein neuer Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V gewählt. Der Vorstand ist nun sehr viel jünger und weiblicher. Die größte Herausforderung für ihn wird sein, dem Aufstieg der Rechtsextremen in M-V mit Bildung und Aufklärung zu begegnen.

## CETA ist TTIP durch die Hintertür

„Während die französische Regierung klipp und klar den Stopp der TTIP-Verhandlungen fordert, führt die Bundesregierung zu TTIP ein Sommertheater auf. Für Bundeskanzlerin Merkel hat sich nichts geändert, für Außenminister Steinmeier sind sie ein bisschen und für Wirtschaftsminister Gabriel de facto gescheitert“, erklärt die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht, anlässlich der anhaltenden Diskussion über ein Scheitern des TTIP-Abkommens. Wagenknecht weiter:

„Es ist unglaublich, wenn Siegmund

überzeugt. Für Rot-Rot-Grün fänden sich genügend Aufgaben: Waffenexporte been-

Gabriel das TTIP-Abkommen mit den USA richtigerweise als gescheitert ansieht, aber das CETA-Abkommen mit Kanada gleichzeitig in den Himmel lobt. Wer TTIP und CETA nicht zusammen stoppt, der führt die Öffentlichkeit hinters Licht. Selbst der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion stellt fest, dass im aktuellen CETA-Vertragsentwurf die sozialdemokratischen roten Linien überschritten sind.

DIE LINKE sagt klipp und klar: Beide Abkommen, TTIP und CETA, sind ein Angriff auf Demokratie, Sozialstaat und klare Standards im Umweltschutz und im Verbraucherschutz. Deshalb

Text: Carsten Penzlin, Fotos: Günter Walter

haben nur Großkonzerne und Superreiche ein Interesse daran. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Menschen ohne Wenn und Aber zu versprechen, dass CETA nicht an den Parlamenten vorbei vorläufig eingeführt wird.“



# Bundesteilhabegesetz: Teile und herrsche

**Wird die Spaltung in Arm und Reich auch bei Menschen mit Behinderungen vertieft?**

**Bei dem derzeit im Bundestag zur Entscheidung stehenden Bundesteilhabegesetz kämpfen Menschen mit Behinderungen in vielfältiger Form gegen weitere Verschlechterungen ihrer Lebenssituation und Teilhabemöglichkeiten. In diesem Prozess wird die Vermutung, dass die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich auch bei Menschen mit Behinderungen weiter voranschreitet, immer offensichtlicher.**

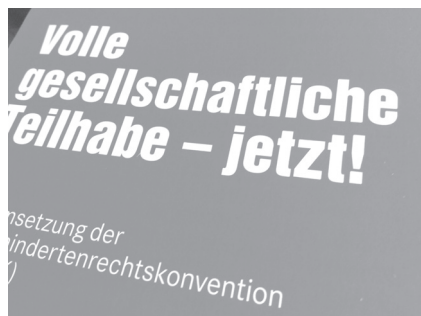
Schon lange gab es keine Protestaktionen in dieser Größenordnung. 5.000 Menschen aus ganz Deutschland demonstrieren am 4. Mai anlässlich des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Berlin. Sie wollten ihrer Empörung angesichts des im April vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vorgelegten Referentenentwurfes zum Bundesteilhabegesetz Ausdruck verleihen. Denn Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen werden auch in Zukunft nicht bedingungslos ausgezahlt werden. Sie werden weiterhin vom Einkommen und Vermögen der Betroffenen abhängen. Der von der großen Koalition versprochene Paradigmenwechsel - raus aus der Sozialhilfe und dem Fürsorgesystem hin zu einer menschenrechtsorientierten Gesetzgebung bei der Reform der Eingliederungshilfe - wird ausbleiben. Möglicherweise wird es sogar Rückschritte geben.

Mit dem Bundesteilhabegesetz verbanden viele Menschen die große Hoffnung, dass damit die Selbstbestimmungsrechte der Betroffenen gestärkt werden würden. Dass verbindliche gesetzliche Regelungen eingeführt würden, die zum Beispiel den Zugang zum Persönlichen Budget vereinfachen und dieser alternativen Leistungsform in den Bundesländern endlich zum Durchbruch verhelfen. Doch nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfes des BMAS befürchten viele weitere Ver-

schlechterungen. Dort ist unter anderem vom so genannten Zwangspoolen die Rede - einer Möglichkeit, Assistenzleistungen für mehrere Leistungsberechtigte ohne deren Zustimmung zusammenzuführen.

Für viele würde das bedeuten, sich Assistenten mit anderen Betroffenen zu teilen, sich absprechen zu müssen, wer wann Unterstützung braucht. Das wäre eine starke Beschneidung der Selbstbestimmung. Statt des-

sen müsse der Begriff der Assistenz nach Meinung vieler Betroffener endlich gemäß Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention definiert und angewendet werden: Der Anspruch auf bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage und -phase sowie in jedem gesellschaftli-



Demonstration in Berlin am 4. Mai

chen Bereich - auch für ehrenamtliche Tätigkeiten - ohne Zumutbarkeitsprüfungen oder Begründungsverpflichtungen. Das muss nach bundesweit einheitlichen Kriterien festgestellt werden - wie aus einer Hand!

Es gibt weitere Kritikpunkte am Gesetzesentwurf. Vor allem dürfen Leistungen der Eingliederungshilfe nicht weiter vom Einkommen und Vermögen der Menschen mit Behinderungen abhängig gemacht und Partner\_innen für die Hilfeleistungen herangezogen werden. Damit ist Armut, insbesondere Altersarmut vorprogrammiert.

Doch statt diese berechnete Forderung umzusetzen und wirkliche Teilhabe zu ermöglichen, wurde - aufgrund großer Proteste - nur die Grenze für Einkommen und Vermögen im Gesetzesentwurf angehoben. Damit verbleibt Teilhabe im Fürsorgesystem. Auch das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird nicht konsequent garantiert, sondern kann durch den Vorrang des Wirtschaftlichkeitsgebots aushöhlt werden und möglicherweise für den Einzelnen eine Heimeinweisung bedeuten.

## Neue Stärke Behindertenbewegung?

Viele Behindertenvereine und -verbände sind empört. Es gibt Bestrebungen, sich zusammenzuschließen, um Druck auf die Politik auszuüben. Zu tief sitzt die Enttäuschung darüber, dass ihnen in dem breit angelegten Beteiligungsverfahren durch das BMAS suggeriert werden sollte, sie hätten ein Mitspracherecht. Der Referentenentwurf zeigt deutlich, dass das Gegenteil der Fall ist. Er geht nicht in die Richtung, für die sie gekämpft haben. Ein Ausdruck dessen ist die Internetplattform „NichtmeinGesetz“. Dort kann man nachlesen, wie sich die Selbstvertretung der Menschen mit Behinderungen in Deutschland wehrt - getreu dem Grundsatz „nicht über uns ohne uns“.

Auch im Zusammenhang mit der Novellierung des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes im Frühsommer regte sich Protest. Eine Reihe von Aktivist\_innen kettete sich für mehr als 20 Stunden in der Nähe des Reichstagsufers an. Die Forderung lautete, dass auch die Privatwirtschaft auf die Umsetzung von Barrierefreiheit verpflichtet wird. Ohne Erfolg. Die Koalition ignorierte das berechnete Ansinnen. Auch das Pflegestärkungsgesetz III lässt befürchten, dass die Reise nicht in Richtung Selbstbestimmung und Barriereabbau geht. Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland (AbiD) schätzt ein, dass institutionelle Bevormundung und fremdbestimmte Gängelei zunehmen werden. Familiäre und anderweitig selbst organisierte Pflege und Assistenz außerhalb von anstaltsähnlichen Einrichtungen



werden erheblich geschwächt bzw. erschwert werden.



Beim Aktionstag „Mensch inklusive“ in Rostock. Mit dabei u.a. Petra Kröger, Behindertenbeauftragte von Rostock, und Peter Braun, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Behindertenverbandes in M-V

Die Protestaktionen der letzten Wochen erinnern in ihrem Ausmaß an die Behindertenbewegung der 80er Jahre. Diese neue Stärke sollte dazu genutzt werden, dass die Vereine und Verbände der Men-

schen mit Behinderungen ihre Ziele noch weiter schärfen und ihre Kräfte bündeln. Denn: 5.000 Menschen sind viel – aber wenig angesichts der großen Anzahl von Menschen, die in Deutschland mit einer Behinderung leben. Und noch weniger angesichts der großen Masse von Menschen, die in irgendeiner Weise von Teilhabe ausgeschlossen werden.

### Divide et impera?

Was auf keinen Fall passieren darf, ist, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf gegeneinander ausgespielt werden. So könnte das Bundesteilhabegesetz dafür sorgen, dass diejenigen Menschen mit Behinderungen, die Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben, besser als zuvor gestellt werden. Diejenigen, die ihre Forderungen ganz klar artikulieren können. Diejenigen allerdings, die von Grundsicherung und anderen Sozialleistungen leben, die Unterstützung beim

Einfordern ihrer Rechte brauchen, werden nicht profitieren. Sie werden Verschlechterungen hinnehmen müssen. Ein echter Nachteilsausgleich – für ALLE Menschen mit Behinderungen – wäre ein Bundesteilhabegeld gewesen. Doch die Bundesregierung stellt mit den vorliegenden Gesetzen die Weichen in Richtung weitere Sonderbehandlung, Diskriminierung und Sozialabbau. Verlierer werden die Schwächsten der Gesellschaft sein. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird auch zwischen Menschen mit Behinderungen weiter vorangetrieben werden.

Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE

Am 9. September führt die Bundestagsfraktion der LINKEN eine **Fachtagung „Teilhabe mit LINKS“** durch, um über ihre Positionen zur inhaltliche Ausgestaltung eines menschenrechtskonformen Bundesteilhabegesetzes zu diskutieren und das weitere parlamentarische und außerparlamentarische Vorgehen zu besprechen. **Weitere Informationen dazu unter:** [www.linksfraktion.de/termine/teilhabe-links/](http://www.linksfraktion.de/termine/teilhabe-links/)

## Einladung zur Tagung **Barrierefrei, selbstbestimmt und gerecht - Wie kann Gesundheitsversorgung und Pflege für ALLE Menschen aus LINKER Sicht in Mecklenburg-Vorpommern gelingen?**

24.09.2016 ab 10.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses in Neubrandenburg

**Barrierefreiheit ist für alle da!** DIE LINKE.

Rund zehn Prozent der Bevölkerung leben mit Behinderungen. Trotzdem sind Barrierefreiheit und Inklusion noch lange nicht selbstverständlich. Dabei profitieren alle davon.

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Gesundheitsversorgung und Pflege werden immer stärker an neo-liberalen Markt- und Profitinteressen ausgerichtet. Das hat zur Folge, dass viele Menschen von einer bedarfsgerechten Versorgung zunehmend ausgeschlossen werden.

Die BAG Gesundheit und Soziales und die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik wollen mit Menschen mit Pflegebedarf und ihren Angehörigen, mit Beschäftigten aus Gesundheitsversorgung und Pflege, mit Politiker\_innen und Mitgliedern von Verbänden und Selbsthilfegruppen unter anderem über folgende Fragen diskutieren:

Welches sind die besonderen Problemlagen in Mecklenburg-Vorpommern? Was sind Strategien für eine gesellschaftliche Aufwertung von Pflege, Assistenz und Gesundheit? Wie können soziale

und barrierefreie Infrastrukturen geschaffen werden? Und nicht zuletzt: Wie ist eine selbstbestimmte und menschenwürdige Versorgung und Pflege möglich?

Mit dabei unter anderem: Ilja Seifert, Mitglied im Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Karen Stramm und Torsten Koplin, beide MdL für die Linksfraktion im Landtag in Schwerin, Sonja Kemnitz, Referentin für Gesundheits- und Pflegepolitik der Bundestagsfraktion

Weitere Informationen und Anmeldung bei:

Margit Glasow (Tel. 0381 713189 oder 0152 02772735, mailto: [info@margitglasow.de](mailto:info@margitglasow.de))

\*\*\*

## LYRIK

Lied ohne Katastrophen (von Jürgen Riedel)

AfD-Wähler überhören  
schreckensgrelle Dissonanzen  
Nehmen Hitler als Hit des Wohlklangs wahr  
Hyperdumme Hymne auf  
Autobahnbauer und Arbeitsbeschaffer

Doppelkrieg (von Jürgen Riedel)

Bundesregierung begreift nicht  
Blöd wie Spreng-Kopf:  
Militäreinsatz gegen Terroristen  
In Syrien Irak  
Zugleich Krieg gegen Terroristen weltweit  
Je mehr IS weggebombt  
Je mehr rächen sie sich an Unschuldigen  
Ungläubige  
Nach ihrer Dummdumgeschoss-Meinung

# Kuba 57 Jahre nach der Revolution - Teil V

Vom 26. Dezember bis zum 12. Januar 2016 war ich in Santiago. Da die Stadt noch südlicher als Havanna liegt, zeigte der "Winter" 26 bis 32 °C. Mir bekam das gut, doch ins Schwitzen kam ich leicht.

Santiago als zweitgrößte Stadt Kubas ist wesentlich übersichtlicher als die Hauptstadt. Die eigentliche Stadt ist trotz ihrer 500.000 Einwohner wesentlich kleiner als Rostock. Zwar gehören zur Stadtfläche 1000 km<sup>2</sup>, in Rostock sind es "nur" 180 km<sup>2</sup>, doch das Innere der Stadt ist viel enger bebaut als Rostock und die Pro-Kopf-Wohnfläche dürfte weniger als ein Fünftel der unseren betragen. So sind die Ausmaße der konzentrierten Stadt nur etwa 6 km x 6 km. In einer guten Stunde kann man Santiago von Süd nach Nord und von West nach Ost durchwandern, und im Westen, hinter der Hafengebucht, im Norden und im Osten sieht man in 10 bis 20 km Entfernung die über 1000 m hohen Berge der Sierra Maestra. Der höchste in dieser Gegend ist im Osten der La Gran Piedra (Der große Stein) 1214 m und im Westen El Cobre (Das Kupfer) 1097 m. Der Anblick ist eindrucksvoll.

Während viele der großen Stadtteile Havannas wie Vieja, Centro und Miramar recht eben liegen, sind in Santiago die Straßen oft ansteigend, so dass Fahrrad-Rikschas, die in Havanna den Verkehr auf den Nebenstraßen maßgeblich mit prägen, hier nur an der Hafengebucht zu sehen. Hier herrschen bei den Kleinfahrzeugen Mopeds und leichte Motorräder vor, oft aus Zschopau, von Kubanern in den 80er Jahren nach mehrjährigem Aufenthalt in der DDR mit nach Kuba mitgenommen.

800.000 Kubaner arbeiten inzwischen auf eigene Rechnung, nachdem vor vier Jahren die Zahl der Staatsangestellten um 500.000 verringert wurde, und bieten Dienstleistungen unterschiedlichster Art an. Neben Straßenhandel und Handwerk wird auf der MZ die Mitnahme einzelner Personen angeboten. Längere Strecken werden meist mit Bussen zurückgelegt, die wie in Havanna zwar keinen Fahrplanausgang kennen, doch Eingeweihte wissen, wann diese fahren. Von 1993 bis 2000 waren Busse noch selten und die Chance von einem Pkw mitgenommen zu werden, war besser als auf einen Bus zu warten, denn die Fahrer von Betriebs-Pkw waren angehalten, wartende Menschen mitzunehmen.

Für 20 Cent kann man im Bus heute etwa 30 km fahren. Ein Ausländer bezahlt für die gleiche Strecke im Taxi das 75-fache, und diese Taxis sind meist 30 Jahre und älter, oft ist es ein Moskwitsch. In meinen

60 Tagen habe ich keinen einzigen Verkehrsunfall gesehen. So unvorsichtig, wie Kubaner manchmal auch unter Missachtung der Verkehrsregeln fahren, so schnell reagieren sie im Gefahrenfall.

Die Straßen sind nicht Kfz- und noch weniger fußgängerfreundlich, denn wegen der oft heftigen Niederschläge, liegen links und rechts der Straße tiefe Rinnen, damit große Regenmengen schnell aufgenommen werden können.

Nach meinem Eindruck leben etwa 10% der Einwohner Santiagos noch in einfachen Holzhütten, die aber alle Wasser- und Stromanschluss haben und diese Wohngebiete sind in den 10 Stunden nächtlicher Dunkelheit gut beleuchtet. Wegen der dortigen schlechten Wege ist das sehr wichtig. Der elektrische Strom, der im Jahr 2000 täglich nur für Stunden zur Verfügung stand, ist jetzt immer verfügbar. Eine einzige Stromunterbrechung, drei Stunden, habe ich erlebt.

# Cuba si

Die Wasserversorgung ist trotz der vielen seit 1960 gebauten Talsperren im Osten des Landes immer noch schwierig in Trockenperioden. 1959 waren nur noch 16% der Insel bewaldet. Heute sind es 33%. Das trägt erheblich zur besseren Wasserversorgung bei. An meinen fünf letzten Tagen in Santiago hatte ich kein fließendes Wasser. Beim Waschen meiner Kleidung hatte ich sehr viel verbraucht, da ich anfangs keine geeignete Schüssel hatte. Ich bekam Wasser in einem 20 l Eimer, doch zum Trinken war es ohne Abkochen nicht geeignet. Wasser in Flaschen zu kaufen, ist für den einfachen Kubaner zu teuer. Doch Säfte lassen sich günstig selbst pressen. Auch in den ärmsten Gegenden der Stadt sieht man nur gesunde und fröhliche Kinder. Kinder fragen Ausländer oft nach Geld, doch ich erlebte, dass sie sich auch über eine Banane freuen. Das entspricht 4 Cent.

Als "Wiege der Revolution" hat Santiago zwei große historische Museen. Das erste ist das Museo Emilio Bacardí und das zweite ist das "Museo Histórico 26 de julio". Emilio Bacardí war ein Sohn des Bacardí-Firmengründers und um 1900 Oberbürgermeister Santiagos. Er hat wesentlichen Anteil an den Sammlungen über die Ge-

schichte Kubas bis zur Unabhängigkeit von Spanien. Es ist ein sehr vielseitiges Museum mit Schätzen aus vielen Jahrhunderten, doch der Schwerpunkt ist die Geschichte Kubas seit 1492 und insbesondere die Zeit von 1868 bis 1898, mit den drei, 16 Jahre andauernden, Unabhängigkeitskriegen. Das Museum in der Moncada-Kaserne dagegen ist der Revolution gewidmet, die am 26. Juli 1953 begann und am 1. Januar 1959 endgültig siegte.

Die südliche Parallelstraße zur "Saco", die ich erwähnte, als ich über die 1.200 m lange Einkaufsmeile in Santiago schrieb, ist die "Aguilera" nach Francisco V. Aguilera, reichster Grundbesitzer Bayamos, benannt, der den Vater des Vaterlandes, Carlos M. Céspedes, unterstützte. Dort wohnte ich in zwei "habitaciones" ganz in der Nähe des Marsplatzes, der ständig, vor allem aber an Abenden und Wochenenden mit Musik und Tanz von Jung und Alt belebt wird. Der "Plaza de Marte" ist der zentrale Platz in Santiago, obwohl es etwas weiter östlich mit dem Maceo-Platz und dem Dolores-Platz zwei weitere sehr schön gestaltete Plätze und dazu noch den Céspedes-Park gibt, die günstiger, in Fußgängerzonen, liegen, während der Marsplatz von stark befahrenen Straßen eingegrenzt wird.

Die stark befahrene "Aguilera" fällt durch ohrenbetäubenden Lärm und schlechte Luft auf. Dafür gibt es mehrere Gründe: die Art der Kfz, die Enge und die dichte Bebauung. 80% der Fahrzeuge würden hier keine Zulassung bekommen. Alte russische Lkw sind stark verbreitet. Es gibt inzwischen auch moderne Kfz verschiedenster Klassen, die staatlichen Betrieben gehören. Auch privat können seit einiger Zeit neue Pkw gekauft werden. Die "Aguilera" ist etwa 4 km lang. Die Fußwege, sind nur 60 bis 80 cm breit und schon für Leute im besten Alter schwer begehbar und die Gebäude rechts und links sind drei Etagen hoch.

2010 sah ich erstmals moderne Ampeln an den großen inzwischen vielbefahrenen Alleen und Hauptstraßen. Die Straßen sind nun in deutlich besserem Zustand und haben - in einer Hinsicht - modernere Ampelanlagen als in Deutschland. Diese Ampeln sind in Havanna oft sehen und in Santiago z. B. an der Aguilera". In Zwei-Ziffern-Anzeige sehen Kraftfahrer und Fußgänger, wie viele Sekunden sie an einer Kreuzung zu warten haben, bis es „Grün“ wird, und wie viel Zeit sie dann haben, um die Kreuzung zu überqueren.

24. Juli 2016 Günter Althaus



# Sozialkaufhaus Schmarl: Wo Menschen (wieder) etwas zählen

Etwas versteckt an der alten Straße nach Groß Klein liegt das Sozialkaufhaus Schmarl. 10 Jahre schon kümmern sich die Mitarbeiter\*innen und Mitarbeiter von Charisma e.V. nicht nur um die Abholung von Spenden, die das Kaufhaus mit bezahlbaren Möbeln, Elektrogeräten, Büchern und Kleidung füllen. Jedes Abholen ist mit Geschichten und Begegnungen verbunden. Jeder Besuch ist nicht nur anonymes Ausschauen, Bezahlen und Gehen. Hier zählt der Mensch, jeder einzelne. Seien es die Spender\*innen, die Mitarbeiter\*innen und eben die Kund\*innen. Beim Besuch unseres Direktkandidaten Hikmat Al-Sabty zusammen mit dem Schmarler Orts-



beiratschef Dietmar Dröse und Bürgerchaftsmitglied Ellen Fiedelmeier, am 04. Auguste, gab es wirklich immer wieder Gänsehaut-Momente. So erzählten Dagmar Sohn vom Charisma-Vorstand, die seit 13 Jahren ehrenamtliche Frau Pannwitz vom Projekt „Lotse zum Beruf“ und nicht zuletzt der Leiter Maik Biemann vom Alltag in dem Sozialkaufhaus. Nicht einfach sei es für die Kund\*innen den ersten Schritt ins Sozialkaufhaus zu wagen. Kaufberechtigt sind Warnowpass-Inhaber, ALG2-Beziehende und Wohngeldempfangende. Viele empfinden es als Abstieg. Deswegen und weil die Menschen nicht weniger wert sind, wenn sie weniger Geld

in der Tasche haben, ist es das oberste Anliegen der Mitarbeiter\*innen vor Ort die Interessenten mit Würde und persönlich zu begrüßen. Viele kennen sie beim Namen.

Sie erzählen ihre Geschichten. Die Leute vom Sozialkaufhaus packen dann nicht nur Einkäufe ein, sondern lesen und übersetzen dann mal ein Behördenschreiben und unterstützen bei Problemen. Hier kommen sie zusammen, als Nachbarn. Neue Mitarbeiter\*innen wachsen schnell in das familiäre Umfeld des Sozialkaufhauses rein und lernen dieses Zusammenhalten oft das erste Mal so richtig kennen. Immer mehr Leute kommen, um sich mit kostengünstigen Gütern zu versorgen. Alteingesessene wie Neankömmlinge. Durch die neuen Nachbarn aus den Krisenregionen dieser Welt gilt es neue Herausforderungen wie Sprachbarrieren

und kulturelle Unterschiede zu meistern. Charisma e.V. bereitet Projektanträge vor, um diese Herausforderungen als gelebte Integration viel intensiver anzugehen. Endlose bürokratische Hürden und die wenigen bewilligten Mittel führen manchmal auch sie an die Grenzen des Machbaren. Das Projekt wird durch die Hansestadt Rostock gefördert und die DIE LINKE. setzt sich jedes Jahr, wenn das Bangen losgeht, ob die Mittel zur Förderung weitergewährt werden, für den Erhalt des Sozialkaufhauses ein. Auch die kommenden Haushaltsdebatten werden wir dafür einstehen und auch für mehr Mittel werben.

Da das Sozialkaufhaus nur durch Spenden betrieben wird, leeren sich immer wieder die Lager. Immer weiter ins Umland und die Region fahren sie, um die Sachen abzuholen. Also, Achtung: +++++ Ihr habt noch gut erhaltene Möbel, Kleidung, Geschirr und Bücher? Ruft einfach an bei Maik Biemann und seinen Leuten an, sie kommen vorbei und holen die Spenden von euch daheim ab. Tel. 0381 - 121 84 08, sozialkaufhaus@charismarostock.de +++++

*Ellen Fiedelmeier*

## 1992 niemals vergessen!

Am 24.8. erinnerten wir uns auf dem Neuen Markt an das rassistische Pogrom im Stadtteil Lichtenhagen. Nie wieder sollen Häuser brennen, nie wieder sollen Menschen um ihr Leben fürchten müssen! Erst kürzlich mussten junge Geflüchtete Groß Klein verlassen, weil Polizei und Innenministerium nicht mehr für ihre Sicherheit und Unversehrtheit garantieren konnten. Das darf nicht passieren! Noch immer blühen Fremdenhass und Rassismus, noch immer werden Ängste geschürt und Vorurteile gefüttert. Aufklärung kann helfen, politische Bildung in Schulen muss ausgeweitet und Begegnungen zwischen neuen und vorhandenen Einwohner\*innen organisiert werden. Für uns ist klar: Eine verankerte Willkommenskultur ist Pfeiler einer demokratischen Gesellschaft.



# Gute Pflege ist auch in M-V möglich und notwendig

**Zum „Ratschlag Gute Pflege“ der Linksfraktion in Schwerin:**

M-V hat von allen Bundesländern den höchsten Anteil pflegebedürftiger Menschen. Vier von 100 Einwohnerinnen und



Einwohnern erhalten Leistungen der Pflegeversicherung. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren steigen. Immer mehr Menschen bedürfen privat in der Familie oder in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen pflegerische Zuwendung. Dies stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Darauf verwies auch die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin, Angelika Gramkow, die ein Grußwort hielt. Sie machte deutlich, dass Pflege künftig viel stärker zum Alltag gehören und sich auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben auswirken wird. Die Arbeit in der Pflege müsse nach gesell-

schaftlich viel stärker anerkannt werden, auch in Sachen Entlohnung.

Durch die Ökonomisierung auch in der Pflege werden Gesundheit und Pflege zur Ware und zum reinen Kostenfaktor. Fortschreitende Renditeorientierung sorgt für einen dramatischen Personalmangel und gefährdet sowohl das Patientenwohl als auch die Gesundheit der Beschäftigten.



Darüber herrscht Einigkeit mit dem Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft M-V, Wolfgang Gagzow, der die Arbeitsbelastung in der Pflege als himmelstreichend bezeichnete. Nach seiner Auffassung tragen die Deckelung der Kosten und die nur teilweise Erstattung zu weiter

steigender Belastung bei den Pflegekräften bei.

Wir fordern ein Sofortprogramm für die Pflege, um 2500 zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen. Dazu gehört, dass die Ausbildung für alle Schülerinnen und Schüler endlich kostenfrei sein muss. Darüber hinaus streiten wir für eine gesetzlich vorgegebene Personalbemessung in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Solange es diese nicht gibt, unterstützen wir den Kampf der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di, zu tariflichen Vereinbarungen zu kommen. Ein Mittel dazu ist das Engagement in den jetzt vielerorts gegründeten Bürgerbündnissen für gute Pflege. Das Beispiel der erfolgreichen Verhandlungen über den Tarifvertrag für Gesundheitsschutz und Mindestbesetzung an der Berliner Charité hat gezeigt, wie wichtig diese Form der Unterstützung ist.

Bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine Angleichung der Löhne an das Niveau der westlichen Bundesländer sind existentiell wichtig, um den Bedarf an Pflegekräften in den kommenden Jahren decken zu können.

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)

## Alter Wein in neuen Schläuchen: Die „identitäre Bewegung“

**Aus Frankreich kommend versuchen die „Identitären“ mit einem bewusst modernen Auftreten junge Menschen anzusprechen. Waren sie zunächst stark auf das Internet beschränkt, agieren sie nun auch in der realen Welt. Eine politische und historische Einordnung.**

*Von Franziska Wilke und Marko Neumann*

Die neofaschistische Rechte in Deutschland hat es seit der Herausbildung des Rechts-Rocks nur bedingt geschafft jugendkulturell anschlussfähig zu werden. Auch nach einer stilistischen Modernisierung durch die „Autonomen Nationalisten“ ist wenig passiert. Seit einiger Zeit versuchen die Neofaschist\*innen mit dem Label der „Identitären Bewegung“ neuen

Schwung zu bekommen. [1]

**„Génération identitaire“: französische Ursprünge der „Identitären“ in Deutschland**

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) bzw. „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) geht zurück auf den 2003 in Frankreich im Umkreis des rechten „Front National“ gegründeten „Bloc Identitaire“. Der steht für den sogenannten „Ethnopluralismus“. Dieser erkennt zwar die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Kulturen an, propagiert aber Abgrenzung, „Reinhaltung“, Vermeidung von Vermischung – also letztlich eine homogene Gesellschaft, mit der sich die in der globalisierten Welt Vereinzelt „identifizieren“ können soll. Apropos: Der Begriff „Identität“ ist für die Bewegung von

zentraler Bedeutung: Er klingt positiv und ist nicht belastet wie eine NS-kontaminierte Vokabel à la „Rasse“. Stattdessen benutzt die „IB“ gern vermeintlich identitätsstiftende Begriffe wie „Heimat“, „Familie“ oder „Tradition“. Gespielt wird aber trotzdem mit braunen Anklängen: „Jedem Volk sein Raum“, lautet eine Parole der Neuen Rechten. [2]

**Hip und modern: das Auftreten der „Identitären“**

In Auftreten und Ästhetik bedienen sich die Identitären ungeniert in der Popkultur und bei linken Aktivisten: Da werden wie in Frankfurt in Flashmob-Manier öffentliche Veranstaltungen gestürmt, Aktivisten tanzen zu Technomusik aus dem mitgebrachten Ghettablaster und halten Schilder mit



Parolen in die Luft. Natürlich verummmt, gern mit Guy-Fawkes-Maske, wie man sie von der Occupy-Bewegung kennt. „Multikulti wegbassen“ nennen sie das. Für Propagandamaterial werden reihenweise Filmmotive verfremdet. Die Kulturkampf-Story „300 ist dabei ähnlich beliebt wie „Avatar“: edles Alien-Naturvolk gegen Invasoren von der Erde. Für einfachere Gemüter gibt es hübsche Frauen oder lustige Tierbilder, versehen mit schneidigen Parolen. Fremdenhass verpackt als Spaßguerilla. [3]

Symbolisch bedient sich die „Bewegung“ – ironischerweise – unter anderem bei einem Film aus Hollywood: „300“. Das Symbol Lambda prangt auf den Fahnen, Aufklebern und online über den Blogs der Aktivisten. Im schwarz-gelben Kontrast wird versucht eine aktionistische Grundstimmung zu vermitteln. [4]

### Alter Wein in neuen Schläuchen: Rassistische Hetze modern verpackt

Die „Identitäre Bewegung“ bringt jedoch keine neuen Inhalte hervor, präsentiert sich aber mit aufgeladenen und modernen Symboliken. Schon die Eigenbezeichnung als „Bewegung“ ist in der extremen Rechten nichts Neues und zeigt eine nach außen gerichtete Überhöhung der vor allem digitalen Existenz dieser vermeintlichen Massen. Seit 2011 schwappte der aus Frankreich stammende Ansatz langsam auch nach Deutschland über. Wie schon in den 1960er und 1970er Jahren nimmt die extreme Rechte in Deutschland den „neurechten“ Ansatz mit Verzögerung auf. In Frankreich sind die Wurzeln der „Identitären Bewegung“ bereits mehr als zehn Jahre alt. Auch hier ist dies nichts Neues sondern schier das Aufblühen der Ideologien von vor 40 Jahren. Lediglich die Kontexte aktualisieren etwas die Feindbilder: War es vor Jahrzehnten noch die „Wodka-Kola-Kultur“, also amerikanische und sowjetische Einflüsse auf Europa, ist es heute die Globalisierung und der Islam. Was bleibt, ist das Ziel, die „ethnokulturelle Identität“ zu bewahren. In dieser kulturalistisch-organischen Konzeption „nationaler Identität“ wird kollektive Identität über eine statisch-homogen verstandene Kultur konstruiert. Identität findet der einzelne Mensch somit nur im Kollektiv. Dabei gehen die Theoretiker der „Neuen Rechten“ davon aus, dass Kultur genetisch verankert ist. Und auch die damit einhergehenden Abgrenzungen bleiben gleich. Man habe weder mit Rassi-

sten noch mit Neonazis etwas gemein und sei natürlich demokratisch ausgerichtet. Offen bleibt, was genau unter „demokratisch“ zu verstehen ist. Denn wie schon die Urväter der „Neuen Rechten“, spricht auch die „Identitäre Bewegung“ in Deutschland vom Ziel der „Umwertung der Werte“. Dazu gehört auch die Neu-Definition von Begriffen wie Kultur oder Demokratie. [5] Mit den Identitären habe die politische Rechte auf „Jugendbewegungsmodus“ geschaltet, sagt Extremismusforscher Häusler. Für junge Menschen seien sie attraktiver als der „Wikingjugend- und HJ-Style“ klassischer Neonazis. Doch auch wenn die IBD sich von diesen öffentlich distanzieren, die Ideen seien die gleichen: „Es geht nach wie vor um das Drohen des Volkstodes, des Untergangs.“ [6] Mit ihrer Strategie grenzen sich die „Identitären“ auch vom klobigen Auftreten altbackener Rechtsextremer ab. Glatzen oder Springerstiefel sind nicht ihre Sache. Trotzdem verbergen sich hinter moderner Verpackung reaktionäre Inhalte wie etwa die prinzipielle Ablehnung von Multikulturalität. Die „IB“ ist auch gegen Neoliberalismus, Globalisierung oder „EU-Diktatur“ – hier gibt es zum Teil auch Überschneidungen mit linken Positionen. Mit all diesen Themen springt die Bewegung auf Haltungen auf, die inzwischen in nicht wenigen Kreisen Konjunktur haben – auch in bürgerlichen. Ein konstruiertes Bedrohungsszenario durch Überfremdung bis hin zur Warnung vor einem Niedergang Deutschlands hörte man zum Beispiel auch schon vom SPD-Politiker Thilo Sarrazin. [7]



**Flüchtlinge schützen, nicht ertrinken lassen!**

**DIE LINKE.**

[www.hier-und-in-europa.de](http://www.hier-und-in-europa.de)

Volke“, laute die einfache Formel der Bewegung. Die IBD hetzt gegen Multikulti und propagiert den „Ethnopluralismus“: Die Kulturen sollen friedlich nebeneinander leben – mit Betonung auf neben. Bitteschön jeder auf seinem Gebiet und bloß nicht vermischen. Schließlich strebten doch Indianer die Einheit mit der Natur an, während es Japanern stets um die Ehre gehe und Europäer nur ihrem Freiheitsdrang nachgingen, so die pseudo-ethnologische Begründung: „Wer wollte all diese Völker

und Kulturkreise in einen Topf werfen?“ Eine Gruppe soll dabei unter gar keinen Umständen dazugehören: die Muslime. Der Islam sei inkompatibel „mit unserer Kultur und unserem Staat“, schreibt die IBD. Seine Anhänger lebten in einer von „Hass, Primitivismus und Kriminalität geprägten Ghetto-Subkultur“. „Reconquista“, Rückeroberung, ist ein sehr beliebtes Wort unter Identitären. Es bezeichnet die Vertreibung der islamischen Eroberer von der iberischen Halbinsel im Mittelalter. Als seien Muslime gefährliche Invasoren, die bekämpft werden müssen. [8]

Die „Identitären“ versuchen alte Ideologien mit neuer Symbolik und einem modernen Auftreten vor allem für junge Menschen anschlussfähig zu machen. Das Internet ist dabei nach wie vor das wichtigste Medium. Es erlaubt mit einfachen Mitteln die eigene Präsenz und damit die eigene Bedeutung aufzublasen. Über neue Kommunikationswege kann so von wenigen Personen viel Material positioniert werden, welches in einem modernen Antlitz daher kommt. Eine wirkliche Breitenwirkung konnten die „Identitären“ jedoch nie erzielen. Gefeierte werden die Modernisierungsversuche zumeist in der eigenen Szene. Hier liegt häufig der Fehler einer unkritischen Berichterstattung, die eine hohe Internetpräsenz mit der tatsächlichen Bedeutung gleichsetzt. Und obwohl ein eigener organisatorischer Unterbau fehlt, sind die die Modernisierungsversuche dennoch spannend, zeigen diese doch, wie die extreme Rechte versucht wieder verstärkt nach außen zu dringen und als Zielgruppe vor allem Jugendliche ausgemacht hat. [9]

Fußnoten:

- [1] <http://publikative.org/tag/identitare-bewegung/>
- [2] <http://www.br.de/nachrichten/rechtsextremismus-identitaere-bewegung-102.html>
- [3] <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/identitaere-rechtsextremis-lamfeinde-machen-auf-jugendbewegung-a-880400.html>
- [4] <http://publikative.org/tag/identitare-bewegung/>
- [5] <http://publikative.org/tag/identitare-bewegung/>
- [6] <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/identitaere-rechtsextremis-lamfeinde-machen-auf-jugendbewegung-a-880400.html>
- [7] <http://www.br.de/nachrichten/rechtsextremismus-identitaere-bewegung-102.html>
- [8] <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/identitaere-rechtsextremis-lamfeinde-machen-auf-jugendbewegung-a-880400.html>
- [9] <http://publikative.org/tag/identitare-bewegung/>

# Kurt Kaiser vertellt oewer:

## De letzten Rostocker Ströper, Johrgang 1926 (II)

„Die Ostsee muss ein Meer des Friedens bleiben!“, säd Charlie Schmidt up Hochdüütsch tau Tedje Faust un mi, as wi an ´n **Russland-Tag** dat Sägelschipp „MIR“ in ´n Warnemün´ besöchten un uns an de früheren „Ostseewochen“ erinnerten, as dit Wurd uns Leitmotiv wier. Von 1958 an, fün´ in ´n Juli in Rostock un entlang von uns meckelnborg-vörpommersche Ostseeküst, politische, kulturelle un sportliche Veranstaltungen statt, de dat Ziel harn, de Beziehungen tau de nurdeuropäischen Länder tau entwickeln un för de internationale staatliche Anerkennung för de DDR tau warben.

As ick nu doran erinnerte, frög Tedje tämlich brassig: „Un watt hemm wi nu? - In de Ostsee wimmelt dat man so von NATO-Kriegsschipp, de all werrer ´mal ein Manöver vör in ´n Finnischen Meerbusen, dat heit: vör Russlands Grenzen dörchführn! Oewer wenn ´mal ein russisch´ Militärflugzeug oewer de Ostsee flücht, müchten de Nato-Staaten dorut furts ein Aggressivon maken!“

Charlie un ick stimmten Tedje tau, dat dit, wat de NATO nu werrer mal veranstalten deiht, ´ne gefährliche Provokation un ´n Spill mit Fier is.

Tedje künn sik noch nich beruhigen un frög: „Wat würn woll uns Jungens up ´n Marinestützpunkt „Hohe Düne“ denken, wenn hier vör Warnmün´ ein russisch Armada an Kriegsschipp tau ein angäwlich friedlich Manöver rümkrützen deeden?“

Charlie spitzte disse Horror-Vision noch bäten tau:

„Dor brukt denn bloots einer nervös warn un ein Raket starten, un wi hemm de grötteste Katastrophe, villicht denn Startschuss för denn Drütten Weltkrieg!“

Miene Erinnerung güng´ 77 Jahr tröch un ick säd: ‚Wi real sünd doch diene Gedanken, Charlie! - Twei Weltkriege, de 80 Millionen Minschen dat Läben kost hemm, sünd ok dörch Provokationen anzündt worn´. Wer hüt NATO-Manöver mit de Marine un denn Insatz von „Schnelle Eingreiftruppen“ in ´n Baltikum - an Russlands Grenzen! - arrangiert un dorbi von „friedensstiftende Mission“ palavert, de lücht, dat blage von ´n Himmel!“

„Dor stimm ick di tau, Kurt!“, säd Charlie un erinnerte doran, dat bi de düütsche Einheitsverhandlungen doch ok denn russischen Präsidenten Gorbatschow „**Keine Ost-Erweiterung!**“ verspraken wür.

„Un wat passiert nu?“ reep Tedje: „Wat bezwecken nu disse Manöver up de Ostsee un amerikanische Panzer för Russlands Grenzen? Un wat sölln de 4000 NATO-Soldaten im Baltikum, dorunner in Litauen, ok ein düütschet Bataillon?“

Un Charlie erinnerte: „Damals mit de Ostseewochen hemm wi dat schafft, denn Fräden stabiler tau maken un hüt stahn wi hier up dissen ollen ihrwürdigen Windjammer-Sägler mit fründliche Russen tausamen, de uns all mit denn Namen „MIR“, wat „Frieden“ heit, seggen wulln, wat dat russische Volk un ehre Regierung will: Se will nämlich in Fräden mit uns läben un Handel drieben!

Wer sall dor noch begriepen, för wat dat Manöver-Spektakel gaud sin un wat disse Sanktionspolitik un andauernde Hetz gegen Russland bezwecken sall. Dat schafft doch bloß Unrauh in Estland, Lettland un Litauen, dor hetzt man de russischen Minderheiten, un schürt denn Nationalismus! Ick kann einfach nich begriepen, dat Angela Merkel dat so slöpen löt un nix dorgegen deiht!“

„Doroewer bün ick ok enttäuscht, denn se künn doch all mal ganz gaut mit Putin utkamen“, resümierte ick: „Oewer, sei kann ok woll nich mihr so, Obama hett mit sienen Charme dorför sorgt un de Tögel antreckt.“

„Dat is woll wohr“, stimmte mi Charlie tau un kehm nu ierst richtig in Fohrt: „Ick heff mi all öfter de Frag stellt, wat uns Regierung drifft, denn fründschaftlichen Kurs mit Russland, denn einst Gerhard Schröder upbugt hett un wat uns wirtschaftlich gaud deed, mit Sanktionen werrer kaputt tau maken. Ick heff tau disse Frag ok ´mal in ´t Internet recherchiert, un bün bi „You Tube“ fündig worn. Un swors bi denn US-Amerikaner Georg Friedman, de up Fragen antwuurd hett, de uns ok sihr interessieren sölln! Ick heff in mien´ Computer wat dorvon fasthollen un utdruckt. Dorut mücht ick juch giern wat vörläsen:

>> Das **Hauptinteresse der USA in der Außenpolitik** während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg, **waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland**. Weil vereint sie die einzige Macht sind, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse gilt sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt!

Also, wie kann man erreichen, dass diese deutsch-russische Kombination verhindert wird? - **Die USA sind bereit diese Kombination zu zerschlagen!** Sie will eine Linie zwischen Baltikum und Schwarzen Meer. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA ein „Cordon Sanitaire“, einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß es. Jedenfalls sind wir jetzt zurück zum alten Spiel! Und wenn Sie Polen, Ungarn oder Rumänen fragen, die leben in einer ganz anderen Welt als die Deutschen, also herrscht Uneinigkeit in Europa. **Die USA liefern bal-**

**tischen Staaten Waffen, Artillerie und andere Militärausrüstung** - die baltischen Staaten, Rumänen, Polen und Bulgaren - das ist ein sehr interessanter Punkt. - Wenn Sie ein Ukrainer sind, werden Sie Ausschau danach halten, wer Ihnen als Einziger helfen kann, und das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Und gestern hat die USA angekündigt, dass sie vorhaben, die Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde dementiert, aber sie tun das, die Waffen werden geliefert! Und bei allen Handlungen agieren die USA außerhalb der NATO, weil die NATO-Entscheidungen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden.<< -

Denn kehm Friedman up wirtschaftliche Hinnergrün von US-Amerikanische Strategien tau spraken:

>> Die Deutschen müssen ihre Waren exportieren, die Russen können ihnen die Waren abnehmen. **Die USA fürchten, dass deutsches Kapital, deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden, und sucht das seit einem Jahrhundert zu verhindern.**

Also, was kann man erreichen, dass diese deutsch-russische Kombination verhindert wird? - Die USA sind bereit die Karten auf den Tisch zu legen und diese Kombination zu zerschlagen, das ist die Linie zwischen Baltikum und Schwarzen Meer. - Für die Russen ist die entscheidende Frage, dass die Ukraine ein neutrales Land wird, kein prowestliches! - Nur wer eine Antwort geben kann, was die Deutschen in dieser Situation tun werden, der kann mir auch sagen, wie die nächsten 20 Jahr Geschichte aussehen werden. Aber, unglücklicherweise müssen die Deutschen immer wieder eine Entscheidung treffen, das ist das ewige Problem Deutschlands <<.

Charlie wier tau End un keek Tedje un mi an: „Na, wat seggt ji dortau?“

Ick säd: „Wat disse Schorsch Friedman, seggt hett, entlarvt klar un düttlich de imperiale US-Strategie! Se wolln denn uns ut de Geschicht all bekannten Isernen Vörlang twischen Europa un Russland upbugen! Ok Old-Bundeskanzler Schmidt, Gerhard Schröder, Gregor Gysi, Sarah Wagenknecht un anner, hemm dat ok all ähnlich so seihn un seggt. So as dat hüt utsüht, hett de Schmusekurs von Barak Obama bi Angela un de Druck von de düütsche un amerikanische Oligarchie up uns Bundesregierung, för de USA Erfolg bröcht. Ehre Ostpolitik gegen Russland, de nu leider ok uns Bundesregierung unnerstützt, bedraugt denn Weltfräden.“

Un wat könn wi dorgegen dauhn?“ frög



Tedje un Charlie säd: „Wi hemm Landdachswahlen an ´n 4. September un Bundesdachswahlen nächst Johr, dor möten wi de Partei uns Stimm gäwen, de am klohrsten, oewertügesten un ihrlichsten ehr Verspräken inhollen.“

„Verspraken wür all väl, taun Bispill de Renten in Ost un West gliek tau maken, oewer dorup luhr ich all 26 Johr“, gnurrte Tedje,“. „Lat gaud sin, Tedje“, tröst´em Charlie: „schlecht geiht uns dat trutzdäm nich, väl

wichtiger is doch, dat de Fräden uns erholten blifft! – Dorför möten wi nu besonnertau de Wahlen ´ne klore Position innähmen gegen all de Politiker de uns gegen Russland uphissen!“

\*\*\*

(1) <https://www.youtube.com/watch?>  
Eine Übersicht der jüngsten Äußerungen **George Friedmans**, Direktor des transatlantischen STRATFOR

## Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 7.9.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Sieversh.	"Ziegenkrug"
Sa., 10.9.	10:30 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Opfer des Faschismus	Güstrow	Friedhof
So., 11.9.	10:00 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Opfer des Faschismus	Rostock	Rosengarten
Di., 13.9.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS Bremer Str. 24
Mi., 14.9.	9-12 Uhr	Sitzung der LAG Senioren	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 15.9.	15:00 Uhr	RotFuchs: Carsten Hanke zu aktuell-politischen Fragen und zum Agieren des RotFuchs	Rostock	SBZ Toitenwinkel Olof-Palme-Str. 26
Do., 15.9.	15:00 Uhr	Auswertung der Landtagswahl mit dem Kreisvorsitzenden Carsten Penzlin	Rostock	MGH Gorki-Str. 52
Sa., 17.9.		Großdemo gegen TTIP und CETA	Berlin	
Sa., 22.10.	10-15 Uhr	1. Kinder- und Jugendarmutskonferenz	Rostock	Doberaner Str. 21
Sa., 19.11	9-15 Uhr	LRO: Gesamtmitgliederversammlung zur Auswertung der Wahlen und Vertreterwahl		
Do., 27.10.	15:00 Uhr	Brigitte Schneider über die Arbeit der Vereine und Verbände in Rostock	Rostock-Eversh.	MGH Gorki-Str. 52

## Ankündigung

Das Netzwerk gegen Kinderarmut Mecklenburg-Vorpommern lädt ein.

### Kinder- und Jugendarmutskonferenz

Noch immer ist Mecklenburg-Vorpommern eines der Bundesländer mit der höchsten Kinder- und Jugendarmutsquote. Laut neuesten Studien leben 26,9 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Armut. Diese Kinder sind von gesellschaftlicher Teilhabe häufig ausgeschlossen, haben geringere Bildungs- und Entwicklungschancen und sind häufiger krank.

Wir wollen auf der 1. Kinder- und Jugendarmutskonferenz in Rostock über die besorgniserregende Situation in Mecklenburg-Vorpommern diskutieren, mögliche Handlungsansätze für eine Verbesserung besprechen und ggf. auch konkrete und praktische Handlungsschritte mit Ihnen verabreden.

Vorankündigung der Referate:

Inputreferat: **Reiches Land-Arme Kinder?**

Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Inputreferat: **Erschöpfte Jugendliche – was tun?**

Ronald Lutz, Dr. phil, Professor für Soziologie an der Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften der FH Erfurt

Inputreferat: **Gesundheitliche Folgen für ein Aufwachsen in Armut**

Raimund Geene, Prof. Dr. rer.pol., Professor für Kindergesundheit an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Angewandte Humanwissenschaften, Studiengang Angewandte Kindheitswissenschaften

Inputreferat: **Aspekte der Armut in Mecklenburg Vorpommern- Ein Forschungsbericht**

Rudolf Borchert, Vorstandsvorsitzender AWO Landesverband M-V

Wir laden alle Interessierten sehr herzlich zu unserem Kongress ein.

**am 22. Oktober von 10:00 Uhr – 15:30 Uhr in das Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21 in 18057 Rostock**

Für einen Mittagsimbiss ist gesorgt. Die Veranstaltung ist kostenfrei! Zur unverbindlichen Teilnahmebekundungen und bei Interesse an weiteren Informationen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an [c.thoenelt@jrmv.de](mailto:c.thoenelt@jrmv.de). Sie werden über den



**KLARTEXT**

## Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: [info@dielinke-rostock.de](mailto:info@dielinke-rostock.de)  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: [landkreis-rostock@die-linke-mv.de](mailto:landkreis-rostock@die-linke-mv.de)  
Internet: [www.die-linke-landkreis-rostock.de](http://www.die-linke-landkreis-rostock.de)

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)  
E-Mail: [redaktion.klartext@web.de](mailto:redaktion.klartext@web.de)

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank

Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

## LYRIK

*Trash-TV (von Janina Niemann-Rich)*

Im Blätterwald der Sensation  
Erwartet dich nur Spott und Hohn  
Drum bleib bei deinen Leisten Schuster  
Sonst wird es für dich zappenduster

*Wahlkampf (von Janina Niemann-Rich)*

Ist Wettschwimmen  
Im Wasserglas

*Trauma (von Janina Niemann-Rich)*

Ich kann nicht sehen  
Was ich denke  
Wenn ich nicht fühle  
Was ich weiß

# Antrag an den Bundesparteitag im Parteivorstand angenommen

Der Kreisverband DIE LINKE. Rostock stellte nachfolgenden Antrag an den Bundesparteitag in Magdeburg. Dort konnte er aus Zeitgründen nicht behandelt werden und wurde an den Parteivorstand überwiesen, der ihn dann auf seiner Klausurtagung in Rostock annahm. Wir sind auf die Ergebnisse gespannt.

## EMOTIONAL, ILLUSTRATIV, KONKRET, BARRIEREFREI – DAS INFOMATERIAL UNSE- RER PARTEI

Der Parteivorstand befasst sich grundsätzlich mit Layout und Inhalt von Flyern/Handzetteln unserer Partei, die zum Verteilen in die Haushalte oder an Infoständen bestimmt sind.

Der Parteivorstand achtet bei der Erstellung von Infomaterial zunehmend darauf, auf „freche“, kreative Weise und in einer bildhaften und für alle verständlichen Sprache an Herz und Verstand der Menschen zu appellieren, damit den Bürger\*innen der Einstieg in die Beschäftigung mit politischen Inhalten erleichtert wird.

Der Parteivorstand prüft, ob die politische Aufklärung in Flyern/Infomaterial weiterhin mit Mitgliederwerbung verknüpft wird.

Begründung:

DIE LINKE will die Bevölkerung über gesellschaftliche Missstände aufklären und über linke Politikinhalt informieren. Dazu gibt der Parteivorstand Flyer/ Handzettel o.ä. heraus, z.B. im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ oder zur Auseinandersetzung mit der AfD. Dieses Infomate-

rial arbeitet i.d.R. sehr viel mit Text, wenig mit Bildern/Grafiken/Karikaturen.

Der Handzettel über die AfD zum Beispiel besteht aus zwei Seiten Text und verzichtet ganz auf Bilder. Erreichen wir mit dieser Strategie Herz und Verstand der Menschen? Laden solche Flyer zum Lesen ein? Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wir Nichtwähler\*innen kaum mobilisieren können. Diese Menschen sind oft wenig informiert, sie haben vielleicht im Alltagsstress nicht den Kopf frei, um sich ausgiebig mit Politik zu beschäftigen. Umfangreiche Texte stellen in diesen Fällen eine Barriere dar, die nur selten überwunden wird. Unsere Flyer landen zu häufig ungelesen im Müll.

Auf Facebook beweisen wir gelegentlich, dass man politische Botschaften knackig, witzig und kompakt vermitteln kann. Oft reichen ein paar Zahlen, Vergleiche, Zitate, Grafiken, um zur Beschäftigung mit einem Thema anzuregen. Diesen Weg sollten wir auch vermehrt in unseren gedruckten Infomaterialien beschreiten.

Wir könnten zweigleisig arbeiten, indem wir für jene, die ein tiefergehendes Interesse bekunden, Infomaterial mit ausführlichen Infos bereithalten.

Vielleicht ist – wie in Wahlkämpfen – die Zusammenarbeit mit einer Werbeagentur ratsam.

Viele Genoss\*innen empfinden es als problematisch, wenn auf unserem Infomaterial zum Eintritt in DIE LINKE aufgerufen wird. Das verleiht dem Infomaterial einen aufdringlichen und berechnenden Charakter. Für Mitgliederwerbung sollten andere Wege gefunden werden.



**Gewinner:** Angelika Gramkow. Mit einem großen Vorsprung erreichte sie die Stichwahl im Rennen um das Amt des Oberbürgermeisters in Schwerin. Das ist eine gute Nachricht in schweren Zeiten. Wir wünschen Ihr viel Erfolg für die Stichwahl.

**Verlierer:** Die NPD ist nicht mehr im Landtag vertreten. Das ist doch eine gute Nachricht. Leider tritt ihre Schwesterpartei, die AfD, die Nachfolge an. Ihre 18 Abgeordneten werden zuverlässig dem Ansehen unseres Landes schaden.

## Monatszitate

„Der Neoliberalismus ist eine Bewegung der Enteignung des Volkes und der Reduktion von Demokratie auf die Wahl zwischen verschiedenen Statthaltern der Kapitalinteressen.“ (Michael Brie)

## Monatszahl

Zwischen 2011 und 2015 ist die Zahl der über 58jährigen Erwerbslosen, die mehr als 12 Monate ohne Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Arbeitsstelle blieben von 106.500 Personen auf 162.754 Personen, d.h. um über 50 Prozent angestiegen.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welcher linke Agrarexperte schied aus dem Landtag aus?
2. Wo fand das Friedensfest vom 27.8. statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.10.2016**

### Manager-Boni umverteilen!

Mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Lohnes ist für die Spitzenmanager\*innen nicht drin. Wer ihnen eine Million Euro auszahlen will, muss der Reinigungskraft 50.000 Euro geben.

**DIE LINKE.**

